

Pressekonferenz zum Jahresauftakt

28. Januar 2020

Michael Ziesemer

Präsident

Wolfgang Weber

Vorsitzender der Geschäftsführung

Dr. Andreas Gontermann

Chefvolkswirt

Es gilt das gesprochene Wort.

Dr. Andreas Gontermann

Sehr geehrte Damen und Herren,

als wir hier vor zwölf Monaten den Ausblick auf das vergangene Jahr 2019 gegeben haben, hatten wir diesen, wie immer, unter Vorbehalt gestellt und eine ganze Reihe von Risikofaktoren benannt – allen voran die Handelskonflikte bzw. zunehmenden Protektionismus, langsames Wirtschaftswachstum in China und den Brexit(-Prozess).

Heute, in der Rückschau, lässt sich feststellen: Ein Großteil der damals erwähnten Risiken ist – zusammen mit weiteren geopolitischen Verwerfungen – letztes Jahr tatsächlich eingetreten. Indem sehr viel Unsicherheit hervorgerufen wurde, fiel das weltwirtschaftliche Wachstum 2019 so gering aus, wie seit der Finanzkrise nicht mehr. Dabei traf es vor allem den Handel, die Investitionen und die Industrieproduktion.

Mit allen drei Größen ist die deutsche Elektroindustrie auf das Engste verquickt. Wir sind tief in die globalen Wertschöpfungsprozesse eingebunden. Fast ein Sechstel aller deutschen Exporte entfallen auf Elektroprodukte. Die Branche unterhält rund ein Fünftel des Gesamtbestands an Direktinvestitionen der deutschen Industrie im Ausland. Gut ein Zehntel der heimischen Industrieproduktion stammt von uns. Der Absatz der Elektrobranche hängt stark an der – weltweiten – Nachfrage nach Investitionsgütern. Schließlich beliefern wir nicht zuletzt die Automobilindustrie, wo zu den konjunkturellen Einflüssen noch strukturelle hinzukommen.

Entsprechend musste die deutsche Elektroindustrie im vergangenen Jahr Rückgänge hinnehmen. Die reale – um Preiseffekte bereinigte – Produktion der Branche fiel zwischen Januar und November 2019 um 4,2 Prozent geringer aus als im Jahr davor. Der nominale Umsatz (der auch die in Rechnung gestellten Dienstleistungen einschließt) gab im gleichen Zeitraum leicht um 1,2 Prozent auf 175,6 Milliarden Euro nach. Im gesamten letzten Jahr dürften sich die aggregierten Branchenerlöse auf 191 Milliarden Euro belaufen haben.

Trotz der konjunkturellen Abschwächung ist die Zahl der Beschäftigten in der deutschen Elektroindustrie im letzten Jahr mehr oder weniger stabil geblieben. Sie liegt jetzt bei 888.000. Das sind fast 80.000 mehr

als Ende 2009, also vor zehn Jahren. Zu den Inlandsbeschäftigten kommen 766.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ausland hinzu.

60 Prozent der Beschäftigten sind – akademische wie nicht akademische – MINT-Kräfte. Die Ausbildungsquote in den Unternehmen liegt bei fünf Prozent. Allein 93.000 Beschäftigte sind im Bereich Forschung und Entwicklung tätig, das ist mehr als jeder zehnte. Damit ist auch gesagt, dass der Fachkräftemangel für unsere Branche eine Herausforderung bleibt.

Entgegen den Rückgängen bei Produktion und Umsatz konnten die Exporte (einschließlich der Re-Exporte) der deutschen Elektroindustrie im vergangenen Jahr 2019 weiter zulegen. Allerdings fiel ihr Zuwachs deutlich geringer aus als in den beiden vorangegangenen Jahren. Zwischen Januar und November 2019 kamen die gesamten Branchenausfuhren auf 199,7 Milliarden Euro, womit sie um 2,7 Prozent höher lagen als im Vorjahr. Im kompletten letzten Jahr beliefen sie sich schätzungsweise auf 216 Milliarden Euro. Es war das sechste Allzeithoch in Folge.

Rund zwei Drittel unserer Exporte bleiben in Europa, die Hälfte davon im Euroraum. Von Januar bis November des vergangenen Jahres nahmen die Elektroausfuhren auf den eigenen Kontinent um 1,8 Prozent gegenüber Vorjahr auf 122,1 Milliarden Euro zu. Dabei zogen die Lieferungen in die Eurozone (mit plus 2,9 Prozent auf 60,5 Milliarden Euro) stärker an als die in den Rest Europas (plus 0,8 Prozent auf 61,6 Milliarden Euro). In den Jahren davor war das meist umgekehrt.

Die Branchenexporte nach Frankreich erhöhten sich zwischen Januar und November 2019 um 3,3 Prozent gegenüber Vorjahr auf 12,2 Milliarden Euro. Die Lieferungen nach Italien wuchsen um 4,0 Prozent auf 9,1 Milliarden Euro. Die Ausfuhren in die Niederlande – die ein ganz guter Gradmesser für den Zustand des Welthandels insgesamt sind – sanken um 1,2 Prozent auf 9,7 Milliarden Euro. Unsere Exporte nach Großbritannien gaben spürbar nach, nämlich um 9,8 Prozent auf 8,5 Milliarden Euro. Im Abnehmer-Ranking ist das Land inzwischen auf Rang acht abgerutscht. 2017 lag es noch an vierter Stelle, 2003 sogar an erster Position.

Zwar sind die deutschen Elektroausfuhren in die USA im vergangenen Jahr wesentlich dynamischer gewachsen als die Lieferungen nach China. Erstere stiegen von Januar bis November um 8,5 Prozent gegenüber Vorjahr, letztere „nur“ um 3,5 Prozent. Gleichwohl bleibt die Volksrepublik (mit 20,0 Milliarden Euro in den ersten elf Monaten) das mit Abstand größte Exportabnehmerland unserer Branche, vor den USA (17,8 Milliarden Euro).

Um das Export-Bild abzurunden: Die Lieferungen der deutschen Elektroindustrie in die Gruppe der Industrieländer sind zwischen Januar und November 2019 um 1,9 Prozent gegenüber Vorjahr auf 128,3 Milliarden Euro gestiegen. Im Geschäft mit den Schwellenländern gab es einen doppelt so hohen Zuwachs von 4,1 Prozent auf 71,4 Milliarden Euro. Die Exporte nach Russland stiegen kräftig um 11,2 Prozent auf 4,1 Milliarden Euro. Dagegen waren die Lieferungen sowohl in die Türkei (minus 0,8 Prozent auf 2,6 Milliarden Euro) als auch nach Brasilien (minus 1,5 Prozent auf 1,2 Milliarden Euro) und Indien (minus 12,8 Prozent auf 2,0 Milliarden Euro) rückläufig.

Zwar sind die Bruttoanlageinvestitionen der heimischen Elektroindustrie im vergangenen Jahr – schätzungsweise – um drei Prozent auf 6,9 Milliarden Euro gesunken. Dafür legten die Aufwendungen der Unternehmen für Forschung & Entwicklung, die volumenmäßig inzwischen fast dreimal so hoch sind wie die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten, um zweieinhalb Prozent auf 19,1 Milliarden Euro zu.

Die Kapazitätsauslastung in der Branche ist seit dem Jahreswechsel 2017/2018 um fast sieben Prozentpunkte auf zuletzt knapp 82 Prozent (der betriebsüblichen Vollaustattung) zurückgefallen. Die (durchschnittliche) Reichweite der Auftragsbestände hat sich inzwischen bei 3,4 (Produktions-)Monaten stabilisiert.

An neuen Bestellungen hat die Elektroindustrie zwischen Januar und November 2019 insgesamt 3,4 Prozent weniger eingesammelt als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dabei gaben die Inlandsaufträge um 4,4 und die Auslandsaufträge um 2,8 Prozent nach. Allerdings gingen die Auftragseingänge aus der Eurozone mit minus 4,3 Prozent wesentlich stärker zurück als die aus Drittländern (minus 1,9 Prozent).

Immerhin haben sich wichtige Stimmungsindikatoren zu Jahresbeginn verbessert. Zwar wird die aktuelle Lage noch leicht negativ beurteilt. Die allgemeinen Geschäftserwartungen, die Produktionspläne und die Exporterwartungen haben – per Saldo – aber ins Positive gedreht.

Was die Produktionshemmnisse anbelangt, so haben sich diese spätestens seit dem zweiten Halbjahr 2018 immer weiter von der Angebots- auf die Nachfrageseite verlagert. Ein Mangel an Aufträgen wird von den Firmen weiter als der mit Abstand größte produktionsbehindernde Faktor genannt. Probleme bei der Beschaffung von Material und Rohstoffen oder bei der Rekrutierung von Arbeitskräften sind dagegen deutlich in den Hintergrund getreten (was freilich nicht bedeutet, dass der Fachkräftemangel verschwunden wäre).

In den harten Zahlen ist die konjunkturelle Lage bis zuletzt von einer schwachen Entwicklung in der Industrie und bei den Investitionen einerseits, aber einer robusten Entfaltung des Bau- und Dienstleistungssektors sowie des Konsums andererseits gekennzeichnet. Dass ein derartiges Auseinanderdriften dauerhaft anhält, ist eher unwahrscheinlich.

Insoweit ist die große Frage: Ziehen Rückgänge in der Industrie früher oder später auch den Konsum runter, oder bedingt umgekehrt ein widerstandsfähiger Konsum, dass auch das Verarbeitende Gewerbe eine wirkliche Belebung erfährt? Hier wird der weiteren Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt eine entscheidende Rolle zukommen.

Wir glauben, dass die Talsohle des jüngsten Abschwungs inzwischen durchschritten sein könnte. Im Verlauf dieses Jahres dürfte sich eine Erholung einstellen – vorausgesetzt, in den Handelsauseinandersetzungen ergeben sich keine neuerlichen Verschlechterungen und der Brexit fällt einigermaßen „weich“ aus. Wir erwarten aber keinen kräftigen Aufschwung. Die Entwicklung bleibt fragil. Ein hoher Grad an Unsicherheit bleibt das größte Problem für Handel, Investitionen und Industrieproduktion.

Positiv wird sich 2020 auswirken, dass das Jahr vier Arbeitstage mehr hat als 2019. Gleichzeitig starten wir aber mit einem statistischen Unterhang in das laufende Jahr, den es entsprechend zunächst einmal

aufzuholen gilt. Unterm Strich sollte sich die heimische Elektroproduktion damit allenfalls stabil entwickeln.

Vielen Dank!

Michael Zieseimer, ZVEI-Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor einem Jahr konnten wir Ihnen an selber Stelle noch Rekordwerte bei Produktion, Umsatz und Export der Elektroindustrie für das Jahr 2018 mitteilen. Zwölf Monate später zeigt sich eine veränderte Lage. Die Gründe für den Abschwung sind sicherlich überwiegend konjunktureller Natur verstärkt durch die massiven handelspolitischen Spannungen, die uns jetzt bereits mehrere Jahre begleiten. Dr. Gontermann erwähnte kurz den Rückgang der Austauschbeziehungen mit Großbritannien. Wir wollen hier jetzt nicht thematisieren, was der Brexit im Einzelnen für die Unternehmen bedeutet. Sollten Sie dennoch Fragen haben, etwa zu Zollfragen, steht Ihnen Herr Michael Angerbauer aus unserer Außenwirtschaftsabteilung zur Verfügung.

Meine Damen und Herren,

wir stehen am Beginn einer neuen Dekade. Wofür werden die Zwanziger Jahre stehen? Wie werden sie unsere Wirtschaft und Gesellschaft prägen? Worauf müssen wir uns einstellen?

Ohne in die Glaskugel blicken zu können, erwarten wir weitreichende Veränderungen. Wir erkennen zwei große Treiber: die sich nochmals beschleunigende Digitalisierung sowie der Klimawandel und damit der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern. Die Bundesregierung hat gerade das Kohleausstiegsgesetz beschlossen, die neue EU-Kommission will mit dem „Green Deal“ Klimaneutralität bis 2050 umsetzen.

Das anbrechende Jahrzehnt leitet den Übergang in ein neues industrielles Zeitalter ein. Der ZVEI und seine Mitgliedsunternehmen werden hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, denn als Leitbranche der

Digitalisierung sehen wir die Elektroindustrie in einer besonderen Verantwortung.

Entschlossener als bisher müssen wir uns der Frage zuwenden, wie wir die Chancen der Digitalisierung nutzen wollen, was wir insbesondere mit den Daten, die in nie gekannter Menge anfallen, anstellen wollen. Die USA und China – unsere schärfsten Herausforderer – haben sich offenbar entschieden: Auf der einen Seite werden Daten binnen kürzester Zeit in neue Geschäftsmodelle übersetzt – vor allem im B2C-Bereich. Auf der anderen Seite werden Daten in beunruhigender Weise zur staatlichen Überwachung genutzt, was unserem freiheitlichen Verständnis diametral entgegensteht.

Ohne beide Situationen gleichsetzen zu wollen: Beides geschieht rigoros und ohne größere Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes. Europa will einen anderen Weg einschlagen. Die EU hat mit der DSGVO bereits ein deutliches Zeichen gesetzt. Unser Bestreben muss sein, digital souverän handeln zu können. Die Elektrobranche und der ZVEI sehen sich hierbei als wichtiger Akteur und Ideengeber. Lassen Sie mich diesen Anspruch in drei Thesen ausdrücken.

- Erstens, nur mit klaren Regeln für die Daten- und Plattformökonomie, die gesellschaftliches Vertrauen genießen, kann Europa digitale Souveränität erlangen und international wieder aufschließen.
- Zweitens, 5G und Gaia-X sind entscheidend für eine wettbewerbsfähige digitalen Infrastruktur und können aktuelle Defizite ausgleichen. Dafür müssen sie schnell zur Anwendung gebracht werden.
- Und drittens, alles hängt an einer ausreichend großen Anzahl an digitalen Fachkräften. Die Anstrengungen bei der Fachkräfte- und Nachwuchsgewinnung sind zu erhöhen.

Zum erstgenannten Punkt: Die Digitalisierung wird in Europa nur dann gesellschaftlich akzeptiert, wenn die Daten einen positiven Nutzen stiften, gesellschaftlich und ökonomisch. Wir unterstützen diesen Ansatz. Der ZVEI hat sich hierzu mit den Mitgliedsunternehmen positioniert und stellt seine „Leitlinien der deutschen Elektroindustrie

zum verantwortungsvollen Umgang mit Daten und Plattformen“ vor – sie liegen Ihren Presseunterlagen bei.

Mit diesen Leitlinien wollen wir eine gesellschaftspolitische Diskussion anstoßen und gleichzeitig Unternehmen eine Orientierung geben, wie Daten künftig richtig genutzt werden können. Den hohen Anspruch an uns selbst unterstreichen wir, indem wir anhand konkreter Unternehmensbeispiele zeigen, wie die Leitlinien in der Praxis schon heute umgesetzt werden können.

Mit der Bundesregierung sehen wir uns im Einklang, dass Daten die neue Schlüsselressource für eine prosperierende Wirtschaft und damit für Wohlstand sind. Darüber hinaus können sie für einen wirkungsvollen Umweltschutz wichtig sein. Die jüngst abgegebene Erklärung von EU-Kommissar Thierry Breton, die Datenschätze Europas besser nutzen zu wollen, verdient Unterstützung. Wenn Europa sich einig ist, kann unser Heimatkontinent sogar zum weltweiten Maßstab werden. Dafür braucht es den digitalen Binnenmarkt, der den Austausch von Daten ermöglicht und gleichzeitig gesellschaftliche Zustimmung erfährt.

Der ZVEI betrachtet personenbezogene Daten deshalb als besonders schützenswert. Gleichzeitig erachten wir es für wichtig, dass personenbezogene Daten in anonymisierter Form zur Verfügung gestellt werden, wenn sie dem gesellschaftlichen Allgemeinwohl zugutekommen können. Dies ist insbesondere für den Gesundheitssektor von Bedeutung, der jetzt Rechtssicherheit benötigt, wann Daten nach DSGVO tatsächlich als anonymisiert gelten.

Bei maschinenbezogenen Daten setzen wir uns dafür ein, Datenaustausch und -nutzung zwischen Partnern durch Verträge zu regeln. Wir sind überzeugt, dass durch fairen Ausgleich der beteiligten Partner digitale Wertschöpfung am besten entstehen kann. Das entspricht unserer stark mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur, die auch für die digitale Welt unersetzbar bleibt.

Damit Unternehmen jedweder Größe – Start-ups, kleine und mittlere Unternehmen sowie Konzerne – sich an Plattformen beteiligen können, müssen diese offen sein: Weder dürfen Unternehmen „willkürlich“ ausgeschlossen noch ein eventueller Wechsel auf eine andere Plattform behindert werden.

Meine Damen und Herren,

mit unseren „Leitlinien“ wollen wir die Diskussion über die Nutzung von Daten weiter voranbringen. Dazu brauchen wir den Austausch von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Dieser muss jetzt entschlossen geführt werden und sollte die Chancen der Datenökonomie gerade für industrielle Innovationen herausstellen – in der Datenstrategie der Bundesregierung ebenso wie in den Vorschlägen der EU-Kommission etwa zu KI. Damit könnten wir unsere Industrie im Wettbewerb mit den USA und China erheblich stärken.

Die Diskussion muss zwischen dem Business-to-Business- und Business-to-Consumer-Bereich differenzieren. Das heißt, Regulierungen aus dem Konsumentenbereich sollten nicht eins zu eins auf den Industriebereich übertragen werden. Dort sind Netzwerkeffekte von Plattformen viel geringer anzutreffen und nicht zu vergleichen mit dem Konsumentenbereich, wo die Entwicklung zur Marktbeherrschung stärker ausgeprägt ist. Und für Künstliche Intelligenz-Algorithmen beispielsweise darf es keine „one size fits all“-Regulierung geben. Ein KI-Algorithmus zur Gesichtserkennung muss anderen, gerade auch ethischen, Regeln unterliegen als ein Algorithmus, der zur Optimierung der industriellen Produktion eingesetzt wird.

Zur digitalen Infrastruktur. Weiterhin sind wir in Deutschland weit davon entfernt, über eine zeitgemäße digitale Infrastruktur zu verfügen. Seit Jahren kritisieren wir den hiesigen unzureichenden Breitbandausbau, der eines Industrielands unwürdig ist. Unsere Erwartung ist, dass wir verlorenes Terrain über den zügigen Ausbau des 5G-Netzes kompensieren können.

Die Entscheidung der Bundesnetzagentur, ein Viertel des Frequenzbands für lokale Anwendungen bereitzustellen, ist im Ergebnis richtig und ein großer industriepolitischer Erfolg des ZVEI. Unsere Unternehmen und auch Unternehmen anderer Branchen werden diese Chance ergreifen, sich auf Frequenzen bewerben und 2020 als ein Jahr des Testens nutzen. Zusammen mit unserer Industrie 4.0-Expertise wird der neue Mobilfunkstandard die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen enorm verbessern. Die Welt schaut – wie schon bei Industrie 4.0 –

erneut auf Deutschland. Industrie 4.0 und 5G sind zwei Seiten derselben Medaille.

Der ZVEI unterstützt das Bestreben, die Datensouveränität und -verfügbarkeit durch das Gaia-X-Projekt zu erzielen. Über unsere Forschungsvereinigung FE und ihr Projekt „ForeSight“ sind wir Teil dieses ambitionierten Cloud-Netzwerks. Gemeinsam mit über 30 Partnern arbeiten wir als Konsortialführer zum Thema KI im Gebäude.

Essentiell ist, dass Gaia-X von vornherein europäisch und international ausschlussfähig ausgerichtet wird und auch für den Mittelstand Mehrwert schafft. Eine offene Datenstruktur, wie vom Projekt angestrebt, ist im internationalen Wettbewerb bei KI und Industrie 4.0 von zentraler Bedeutung.

Obwohl unsere FE jetzt von Forschungsmitteln aus dem Bundeswirtschaftsministerium profitiert, ist die KI-Förderung der Bundesregierung unzulänglich. Ihre bereits 2018 beschlossene KI-Strategie harrt der Umsetzung. Von den in Aussicht gestellten 100 Professuren für KI sind bisher nur die wenigsten ausgeschrieben worden und auch die in Aussicht gestellten drei Milliarden Euro Fördermittel fließen nicht zusätzlich, sondern setzen sich aus Umschichtungen im Haushalt zusammen.

Obwohl essenziell, abschließend nur eine Bemerkung zur Herausforderung, digitale Kompetenz durch eine ausreichend hohe Zahl an Fachkräften bereitzuhalten. Auch die 25.000 Menschen, die jährlich durch das am 1. März in Kraft tretende Einwanderungsgesetz zu uns kommen sollen, reichen nicht aus, die Lücken zu schließen. Wir brauchen entschieden höhere Bildungsanstrengungen, vor allem in dem für die Industrie relevanten MINT-Bereich. In der Pflicht sind die Kultusministerien, die Universitäten und Schulen – und natürlich wir alle als Gesellschaft, indem wir solche Ausbildungen wertschätzen. Kindergärten sollten die naturwissenschaftliche technische Neugierde von Kindern spielerisch aufnehmen. Selbstverständlich sind auch die Unternehmen gefordert, ihre Belegschaften noch stärker weiterzubilden, denn der digitale Wandel ist zum großen Teil mit den bestehenden Belegschaften zu stemmen.

Meine Damen und Herren,

die „Zwanziger Jahre“ werden eine Dekade der Digitalisierung und Vernetzung sein, eine Dekade der Elektrifizierung und damit verbunden eine Dekade der Dekarbonisierung. Damit rückt die Elektroindustrie nochmals mehr in eine Schlüsselrolle. Industrie 4.0 mit 5G, das Internet der Dinge und Dienste, neue datenbasierte Geschäftsmodelle, KI und hochautomatisiertes Fahren und vieles mehr: Die Elektroindustrie steckt in all diesen Veränderungsprozessen in einer Schlüsselposition.

Wir haben die Chance, dass Deutschland bei allen diesen Technologiesprüngen eine starke Rolle einnimmt. Dafür muss der regulatorische Rahmen stimmen. Mehr denn je brauchen wir eine Politik, die auf der Höhe ist, die digital denkt und handelt. Das ist zurzeit nicht hinreichend der Fall, wie es gerade auch im Digitalreport des Allensbach-Instituts zum Ausdruck kommt.

Entschlossener als bisher sollten sich die Bundesregierung und jedes Ressort den Herausforderungen stellen. Wichtig ist vor allem mehr Tempo. Sich über viele Jahre hinziehende Gesetzesvorhaben und Planungsverfahren verlangen uns inzwischen zu viel ab. Bei der Verkehrs- und Netzinfrastruktur oder – aktuell – der Einführung von Smart-Meter-Gateways. Das geht zulasten unserer Wettbewerbs- und damit Zukunftsfähigkeit.

Die Folge: Wir haben in Deutschland inzwischen an vielen Stellen einen massiven Investitionsstau trotz vorhandener Mittel. Die Forderung nach neuen Schulden erhält dadurch etwas Paradoxes. Denn Deutschland hat die Fähigkeit verloren, vorhandenes Geld durch zukunftsrelevante Investitionen sinnvoll auszugeben.

Vielen Dank.

Wolfgang Weber

Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich zunächst ein paar Worte über mich selbst sagen. Seit Jahresanfang bin ich beim ZVEI und jeden Tag erfahre ich mehr aus der weiten Welt der Elektroindustrie, über die Leistungen unserer Branche und dieses Verbands. Das beeindruckt mich sehr.

Die längste Zeit meines bisherigen Berufslebens war ich bei BASF tätig. Aus Brüssel war ich zuletzt für die Kommunikation und die Regierungsbeziehungen in Europa, Afrika und im Nahen und Mittleren Osten verantwortlich. Weitere Berufsstationen waren der VCI und eine kurze Zeit bei SAP.

Nach den ersten wenigen Wochen beim ZVEI ist klar, dass das Arbeitsportfolio unseres Verbands, der die Interessen einer international aufgestellten Branche vertritt, nicht minder groß ist als das eines global agierenden Konzerns. Diese Herausforderung nehme ich gerne an. Die Zusammenarbeit mit Ihnen, den Journalisten, ist mir dabei besonders wichtig. Ich freue mich sehr darauf. Denn die Elektroindustrie hat viel zu sagen. Wir wollen zu den drängenden Themen Stellung beziehen – und wir stellen uns auch Ihren kritischen Fragen.

Inhaltlich möchte ich mich heute auf ein wichtiges Verbandsthema beschränken: den Klimaschutz. Strom wird künftig der vorherrschende Energieträger sein müssen, um dem Klimawandel entgegenwirken zu können. Damit wächst die Verantwortung der Elektroindustrie zusätzlich. Unter #InnovationSchütztKlima verdeutlicht der ZVEI aktuell den Zusammenhang von technologischer Innovation und effektivem Klimaschutz und stellt Lösungen unserer Branche für die relevanten Sektoren Verkehr, Gebäude und Energie vor. Unsere Unternehmen sind häufig selbst Vorreiter in Sachen Klimaschutzmaßnahmen:

- rund die Hälfte ihres Gesamtstromverbrauchs stammt aus erneuerbaren Quellen;
- zwei von drei Unternehmen wollen künftig selbst Strom produzieren;
- nahezu alle Unternehmen (97 Prozent) haben in Energieeffizienz investiert und verfügen über zertifizierte

Energiemanagementsysteme, um auch künftig weitere Einsparungspotenziale zu identifizieren.

Wir unterstützen die Klimaziele der Politik. Es ist richtig, dass das klimaschädliche CO₂ flächendeckend einen Preis bekommt. Und der Rückgang der CO₂-Emissionen 2019 zeigt, dass der Emissionshandel funktioniert und der Preis eine steuernde Wirkung entfalten kann – wengleich zu dem erfreulichen Ergebnis auch das milde Wetter und die schwächere Konjunktur beigetragen haben. Flächendeckend meint, dass sich ein CO₂-Preis möglichst über alle Regionen und alle Sektoren erstrecken sollte.

Global sind wir von einem solchen System noch weit entfernt. Umso wichtiger ist, dass wir in Europa dazu kommen, einheitlich zu agieren. Daher benötigen wir mehr Denken in Systemen und mehr Mut beim zügigen Abbau des komplexen regulatorischen Rahmens, der sich auch gerade durch das nicht-abgestimmte Überschneiden von EU- und nationalen Regelungen ergibt. Ziel muss sein, dass CO₂-Emissionen teurer und dafür sauberer Strom billiger werden. Nur dann entsteht der Anreiz in allen Sektoren, im Gebäudebereich, im Verkehr und in der Industrie, von fossilen Energien auf sauberen Strom umzustellen. Dazu muss das gesamte System aus Umlagen, Abgaben und Steuern auf den Prüfstand:

Darüber hinaus ist wichtig, dass wir in Deutschland ein Umfeld schaffen, das energieeffizientes Handeln fördert. Denn die Binse, dass jede Kilowattstunde, die nicht verbraucht wird, auch nicht erzeugt werden muss, trifft ja zu. Hierfür muss es Anreize geben. Verzicht allein wird den Klimawandel nicht aufhalten. Wir brauchen neue Technologien und mehr Effizienz.

Denken wir nur an die LED. Ob außen oder innen eingesetzt: die Energieeinsparpotenziale liegen bei bis zu 80 Prozent. Weitere hohe Potenziale können durch eine digitale Beleuchtungsplanung über den Lebenszyklus gehoben werden. Die LED steht dabei nur pars pro toto für viele weitere energie- und damit meine ich vor allem stromeffiziente Technologien, deren Einsatz uns den Klimazielen nähern bringen: regelbare Ortsnetztransformatoren, verlustarme Übertragung von Gleichstrom, Wärmepumpen und vieles mehr.

Die Elektroindustrie hat in ihrem Portfolio die notwendigen Energieeffizienz-Technologien für einen wirksamen Klimaschutz. Sie könnten, nein, sie müssen mehr eingesetzt werden, in Verbindung mit einer konsequenten Digitalisierung, darauf aufbauender Prozessoptimierung und dem Einsatz von KI. In diesem Kontext muss unser Bestreben sein, Deutschland zum Leitmarkt für digitale Elektrifizierung und Effizienz auszubauen. Dann haben wir gute Chancen, weltweit als Leitanbieter für klimafreundliche Technologien aufzutreten.

Schließlich der Netzausbau. Die Energiewende wurde viel zu lange auf den schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien reduziert, ohne parallel die Netzintegration voranzutreiben. Heute stehen die Netze am Limit und sind nicht auf die stark dezentral ausgerichtete Energieerzeugung und -verteilung ausgerichtet. Das behindert den weiteren Ausbau der Erneuerbaren und führt zu zusätzlichen Kosten etwa für Maßnahmen des Einspeisemanagements.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) war zwar effektiv im Sinne eines schnellen EE-Ausbaus, aber nicht effizient im Sinne einer nachhaltigen Energiewende. Wir brauchen nun, auch mit Blick auf die Elektromobilität, ausreichende Netzkapazitäten. Dabei spielt der Netzausbau ebenso eine Rolle, wie die intelligente Bewirtschaftung bestehender Kapazitäten. Auch hier gilt, was Herr Ziesemer gerade ansprach: Tempo ist eine entscheidende Ressource.

Meine Damen und Herren,

auch beim Klimaschutz ist die Elektroindustrie in einer Schlüsselposition. Ihre Technologien sind Voraussetzung einer Energiewende, die auf erneuerbare Energien setzt. Klimaschutz und Digitalisierung werden eine neue ökonomische Ära einleiten. Die „Zwanziger“ werden hierfür die Weichen stellen, und die Elektroindustrie wird einer der wichtigsten Akteure sein.

Vielen Dank.